

Mit eingebauter Vorfahrt

Sarkozy ist nicht zu stoppen

Medard Ritzenhofen*

» Das jüngste Blaesheim-Treffen machte deutlich, dass zum ersten Mal in der Aufwärmphase des deutsch-französischen Spitzenduos die absolut souveräne Haltung auf deutscher Seite liegt. Demgegenüber ist Sarkozys hektische Dynamik und hyperaktiver Geltungsdrang dazu angetan, langjährige französische Reformmüdigkeit zu kompensieren: Seine Sozialpläne sind für Frankreich eine „kulturelle Revolution“.

Das war ein schönes Bild, das viele Zeitungen anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen im brandenburgischen Schloss Meseberg veröffentlichten: Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Nicolas Sarkozy begrüßen sich lächelnd à la française, wobei ihrer beiden Nasenspitzen fast Kontakt haben. Seine rechte Hand liegt auf ihren Arm; sie hält, aufgrund leichten Nieselwetters, einen großen Schirm über das herzliche Willkommen. Das Foto verfehlte weder seine symbolische noch seine beruhigende Wirkung. Denn einerseits zogen Ausläufer eines politischen Tiefdruckgebietes von Paris nach Berlin, andererseits ist die Kanzlerin diejenige, die das deutsch-französische Verhältnis gegen aktuellen Unbill und vielleicht sogar ihren ständig unter Strom stehenden Kollegen vor sich selbst schützen kann, auf dass der nicht irgendwann unbeschützt im Regen steht.

Jede neue personelle Kombination an der Spitze der beiden Freundesländer hat ihren eigenen Reiz und ihre spezifischen Reibungen. Gerade deshalb setzten Jacques Chirac und Gerhard Schröder die regelmäßigen informellen Gipfeltreffen des so genannten Blaesheim-Prozesses in Gang – benannt nach dem ersten Tagungsort nahe Straßburg –, die vor allem dem frühzeitigen Ausräumen von Missverständnissen und dem atmosphärischen Vertrauen dienen. Das aktuelle Spitzenduo hat nicht nur Charme wegen seiner erstmaligen

Geschlechterdifferenz, die das schon immer viel bemühte Wort vom deutsch-französischen Paar umso sinnfälliger macht. Zum ersten Mal in einer gemeinsamen Aufwärmphase liegt auch die absolut souveräne Haltung auf deutscher Seite, während Frankreich eine hektische Dynamik an den Tag legt, die geradezu dramatische Züge annimmt. Die Welt müsse sich im Atomstreit mit dem Iran auf das Schlimmste gefasst machen, warnte Außenminister Bernard Kouchner und fasste in scharfer Rhetorik bereits einen Krieg gegen Teheran ins Auge. Derweil bläst der Staatspräsident zum Angriff auf die Europäische Zentralbank, deren Unabhängigkeit ihm ein ständiger Dorn im Auge ist.

Keine Frage, die Kanzlerin agiert mit ruhiger Hand, wohingegen der Präsident regelrecht heiß läuft und dabei mit eingebauter Vorfahrt über sämtliche Politikfelder heizt. Hat sie sich als Ratsvorsitzende der EU bereits einen Namen als kluge Maklerin gemacht, so glaubt er, es mit dem Rest der Welt aufnehmen zu können. Die Temperamente könnten kaum unterschiedlicher sein. Sarkozys hyperaktiver Geltungsdrang mag dazu angetan sein, die langjährige französische Reformmüdigkeit zu kompensieren. Dagegen befindet sich Angela Merkel in der komfortablen Lage wirtschaftlicher Stärke. Deutschlands ökonomische Eckdaten können sich endlich wieder sehen lassen. Die Wirtschaft wächst kräftig. Die Steuerquellen sprudeln so reichlich, dass der Finanzmi-

* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Straßburg.

nister über unerwartete Ressourcen verfügt. Nicht nur erfüllt Berlin wieder die Stabilitätskriterien für den Euro, seit der Wiedervereinigung kommt erstmals auch ein Haushalt ohne Neuverschuldung wieder in Sicht.

Ganz anders präsentiert sich die Situation in Frankreich. Zwar hatte auch Paris auf jene 2,5 Prozent Wachstum gewettet, die Deutschland realiter aufweist, doch wurde diese optimistische Erwartung inzwischen nach unten korrigiert. Lediglich 1,8 Prozent seien für Frankreich drin, stellte die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit OECD richtig. Einmal mehr zeigt Frankreichs chronische Exportschwäche fatale Wirkung. Bereits im letzten Jahr wurde im Außenhandel ein historisches Defizit von 29,2 Milliarden Euro erreicht. Mit einem Minus von 15,3 Milliarde Euro in der ersten Hälfte des laufenden Jahres nimmt Frankreich Kurs auf einen erneuten Negativrekord bei seiner Handelsbilanz. Dagegen konnte Deutschland im letzten Jahr seinen Titel als Exportweltmeister mit 894 Milliarden Euro souverän verteidigen. Im laufenden Jahr steht in der Buchhaltung von Wirtschaftsminister Glos bereits ein Exportüberschuss von 73 Milliarden Euro gut. Diese im Grunde keinen Vergleich duldenden Zahlen machen deutlich, dass Deutschland und Frankreich auf keinem anderen Feld so extrem weit auseinander liegen wie beim commerce extérieur.

Euro als Sündenbock

Die extreme Schiefelage ergibt sich durch unterschiedliche Prioritäten. Seit jeher hat die französische Wirtschaft ihr stärkstes Standbein in einem konsumfreudigen Binnenmarkt. Franzosen sind dankbare Verbraucher heimischer Produkte und zeigen sich weniger vorsichtig beim Einkauf als ihre deutschen Nachbarn. Doch mehr denn je gerät in der globalen Warenwelt die Wirtschaft eines Landes aus dem Tritt, sobald sie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit vernachlässigt. Nicht dass „made in France“ einen schlechten Klang hätte, doch die französischen Unternehmen sind – und das gilt vor allem für die mittelständischen – auf dem internationalen Markt weit weniger gut

aufgestellt als vergleichbare deutsche Firmen. Es ist nicht zuletzt diese Schwäche beim weltumspannenden Handel, die die Globalisierung in Frankreich von Anfang an unter Generalverdacht gestellt hat.

Das alles weiß Nicolas Sarkozy natürlich. Bevor er dies aber zugibt, macht er lieber den starken Euro für die französische Exportschwäche verantwortlich. Dabei wird unterschlagen, dass fast zwei Drittel des französischen Außenhandels innerhalb der EU, in der Hauptsache der Eurozone, abgewickelt werden. Nicht zu reden davon, dass Frankreichs Europartner ihre Waren ebenfalls gegen die eigene harte Währung in alle Welt verkaufen. Trotzdem flickt Sarkozy seinem Landsmann Jean-Claude Trichet am Zeug, weil der sich als Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) nicht in seine Unabhängigkeit reinreden lässt. Nur allzu gerne würde Sarkozy die EZB dem Primat der Politik unterstellen, um die Aufwertung des Euro zu bremsen. Doch die heutige Stabilität des Euro verdankt sich gerade und vor allem der Unabhängigkeit seiner Notenbank. Deshalb sollte der Staatspräsident statt Geldpolitik eher die Sanierung seines Haushaltes betreiben.

Auch den Vorsitzenden der Euro-Gruppe, den luxemburgischen Premierminister Jean-Claude Juncker, ging Sarkozy an, indem er ihm Untätigkeit angesichts der internationalen Turbulenzen auf den Finanzmärkten vorwarf. Ausgesprochen ungehalten reagierte Sarkozy auf die offene Kritik des deutschen Finanzministers Peer Steinbrück, der Paris den fortgesetzten Verstoß gegen den Europäischen Stabilitätspakt vorhielt. Da Berlin selbst die Maastricht-Bedingungen lange genug nicht erfüllt hat, sind deutsche Oberlehrer im Fach Haushaltsführung fehl am Platz.

Nicolas Sarkozy neigt allerdings, wenn es ums Geschäft geht, selbst bei Freunden nicht zu Entgegenkommen. So zeigt der Versuch, Siemens aus der französischen Atomindustrie zu drängen, ein weiteres Mal, dass Paris bei seiner Industriepolitik keinerlei Rücksichtnahme auf deutsche Interessen nimmt. Frankreich ist dabei, seine Energiepolitik noch stärker über „nationale Champions“ auf dem Weltmarkt auszubauen. Mit der Fusion von Suez und Gas de France (GDF) hat man dem Konzern Electricité de France (EDF) einen zwei-

ten staatlichen Energieriesen an die Seite gestellt. Um die nationale Energiepolitik abzurufen, soll auch der Kraftwerksbauer Areva noch stärker auf französische Linie gebracht werden. Bei einer Zusammenlegung der mehrheitlich französischen Unternehmen Areva und Alstom hätte der Siemens-Konzern, der bislang an der Kerntechniktochter Areva Nuclear Power (NP) mit 34 Prozent beteiligt ist, das Nachsehen.

Da Deutschland und Frankreich unterschiedliche Wege in der Energiepolitik beschritten haben, fällt die Zusammenarbeit in diesem Bereich naturgemäß besonders schwer. Denn während Deutschland den Ausstieg aus der Kernenergie probt, wurde in Frankreich de Gaulles Energiekonzept „tout nucléaire“ nie in Frage gestellt. So bezieht Frankreich heute 80 Prozent seiner Elektrizität aus einem Nuklearkraftwerk von 58 Reaktoren. Damit steht es bei der nuklearen Elektrizitätsgewinnung nicht nur in der EU, sondern weltweit an der Spitze. Trotz dieser völlig unterschiedlichen nuklearen Sensibilitäten ist es geradezu dreist, wenn Sarkozy Deutschland vor die Alternative stellt, seinen Ausstieg aus der Atomkraft zu überdenken oder aber mit Siemens den Rückzug aus dem französischen Geschäft anzutreten. Das ist keine Art, Interessenskonflikte unter Freunden beizulegen. Auf dem sensiblen Energiesektor sind nationaler Protektionismus und staatliche Intervention freilich keine rein französische Spezialität. Vor fünf Jahren setzte die Regierung Schröder die Übernahme des Versorgers Ruhrgas durch den nordrheinwestfälischen Konzern Eon gegen die Bedenken der Brüsseler Wettbewerbshüter durch.

Das ständige Nörgeln am Euro, der lässige Umgang mit dem Stabilitätspakt, die rüde Zurechtweisung des deutschen Finanzministers, die kalte Schulter Siemens gegenüber, nicht mehr zu reden von der selbstherrlich in Szene gesetzten Befreiungsaktion der bulgarischen Geiseln in Libyen: für sich genommen ist jedes dieser Vorkommnisse nicht der kritischen Rede wert, zusammen aber reicht es für die kurze Amtszeit an egomaniischer Kraftmeierei und nationaler Kaltschnäuzigkeit. Daran ändert auch Sarkozys Vorschlag nichts, einen „Rat der Weisen“ ins Leben zu rufen, der der

EU neue Perspektiven geben soll. Aufgabe dieses hochkarätigen Beratergremiums sei, so Sarkozy, das Nachdenken über die Strukturen und Grenzen der EU. Damit parkt er das momentan inopportune Thema Türkei-Beitritt erst einmal auf ein Nebengleis. Denn nach wie vor lehnt Sarkozy eine türkische Vollmitgliedschaft in der EU ab, ohne im Moment Kraft und Zeit dafür zu haben, die schwerfällige Weiche, die auf langfristige Verhandlungen mit Ankara gestellt ist, umzustellen. Da die Bundeskanzlerin ähnlich denkt, stimmte sie Sarkozy in dessen Bemühen um ein unabhängiges Gremium zu.

Ob dieser Vorschlag tatsächlich weise ist, wird sich noch zeigen müssen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die ausgeprägte Neigung des neuen Mannes im Elysée, Kommissionen zu bestellen. Unter seinem einstigen Mentor, dem ehemaligen Premierminister Edouard Balladur, bereitet eine Expertenrunde die „Modernisierung der politischen Institutionen“ vor. Der Sozialist Jacques Attali leitet ein Gremium, das sich Gedanken über „die Befreiung des französischen Wachstums“ macht. Weiterhin gibt es die Kommission Pochard zur Aufwertung des Lehrerberufs, die Kommission Larcher für öffentliche Krankenhäuser, die Kommission Ménard für den Alzheimer-Plan ...

Das solche Kommissionen aus Honoratioren und Experten auch dazu dienen, schwere Aufgaben zur ewigen Ruhe zu betten, belegt schon Clemenceaus legendärer Satz: „Quand je veux enterter un problème, je crée une commission.“ Natürlich ist Sarkozy angesichts der Fülle seiner Herausforderungen auf eine breit gefächerte Diagnose unabhängiger Analysten angewiesen. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, welche Aufgaben noch für die Ministerien bleiben. Nicolas Sarkozy hat eine Regierungsmannschaft zusammengestellt, die sich in punkto weiblicher Mitgliederzahl und ethnischer Minderheiten sehen lassen kann. (Vgl. den Kommentar in *Dokumente*, 4/07.) Doch drängt sich mittlerweile der Verdacht auf, dass die Minister weit weniger nach ihrer Kompetenz als nach ihrem Geschlecht und Alter sowie nach ihrer Herkunft und Hautfarbe ausgesucht wurden. Die

„Das ist keine Art, Interessenskonflikte unter Freunden beizulegen.“

„United colors of France“ im Kabinett, so Eric Zemmour im *Figaro*, garantieren mediale Aufmerksamkeit. Doch so, wie sich Sarkozy ständig in die Arbeit seiner leitenden Angestellten einmischt, scheint er diesen nur bedingt zu vertrauen. Es wundert deshalb nicht, dass bereits das Gerücht einer baldigen Regierungsumbildung in Umlauf ist.

Sozialmodell auf dem Prüfstand

In den ersten vier Monaten seiner Amtszeit hat der neue Staatspräsident als personifizierter Wirbelwind viel Staub aufgewirbelt, womit er, wie es im Französischen so schön heißt, die Galerie prächtig amüsierte. Wo es aber ans Reformieren ging, geschah dies, wie beim bescheidenen Autonomiegewinn der Universitäten oder dem Minimalservice beim öffentlichen Verkehr im Streikfall, ausgesprochen moderat, um nicht zu sagen übervorsichtig. Nicolas Sarkozy aber steht bei 63 Millionen Franzosen im Wort, deren Land von Grund auf zu modernisieren. Da dieser Präsident alles andere als ein politisches Leichtgewicht ist, packte er im September in zwei Grundsatzreden den Stier bei den Hörnern. Mit dem französischen Sozialmodell und Frankreichs öffentlichem Dienst eröffnete der Präsident die beiden großen Reformbaustellen seiner Amtszeit.

Dass er mit den „régimes spéciaux“, den Rentenprivilegien für gewisse Berufsgruppen, aufräumen würde, war erwartet worden. Die 1,6 Millionen Beschäftigten von Staatsbetrieben wie Eisenbahner, Seeleute, Bergarbeiter, die bereits mit 55 Jahren in Rente gehen dürfen und dazu eine bessere Versorgung erhalten, kosten den Steuerzahler sechs Milliarden Euro. Sarkozy beließ es jedoch nicht bei der angekündigten Überprüfung dieser traditionellen Vergünstigungen, sondern stellte in seiner Rede vom 18. September gleich auch den generellen Trend zur Frühverrentung, das Arbeitsrecht mit seinem rigiden Kündigungsschutz und die 35-Stunden-Wochen infrage. Mit der Zusammenlegung des staatlichen Arbeitsamtes ANPE und der von Arbeitnehmern und Arbeitgebern betriebenen Arbeitslosenversicherung UNEDIC soll eine zeitgemäße Arbeitsagentur geschaffen

werden. Eine von deren Aufgabe wird darin bestehen, Beschäftigungslose, die zwei Arbeitsangebote ausschlagen, mit Sanktionen zu belegen. Nicolas Sarkozy sprach alle sozialen Leistungen an, die den Bürgern lieb sind und den Staat teuer kommen. Die konkrete Umsetzung seiner Ziele überließ er den Sozialpartnern. Sein Vertrauen in den „sozialen Dialog“ verband der Präsident freilich mit der Warnung, dass der Staat seine Vorstellungen durchsetzen würde, sollten sich Gewerkschaften und Arbeitgeber nicht auf baldige durchgreifende Reformen einigen können.

Schon tags darauf legte der Präsident nach, indem er die neuen Grundlagen des öffentlichen Dienstes skizzierte. In Zukunft soll nur noch jeder zweite Staatsdiener, der in Pension geht, ersetzt werden. Die aufgeblähte Bürokratie werde ebenso konsequent abgebaut wie die Verschwendung von Steuergeldern bekämpft.

Effizienz und Sparsamkeit, Flexibilisierung starrer Prozeduren und Individualisierung eines bisher kollektiven Modells: Sarkozy macht Nägel mit Köpfen genau dort, wo Frankreich bislang am wenigsten gewillt war, den Bedingungen der modernen Arbeitswelt nachzukommen. Sowohl der Wohlfahrtsstaat als auch der öffentliche Dienst kommen auf den Prüfstand. Einmal mehr beeindruckt die Eile, mit der Sarkozy seine „grands travaux“ in Angriff nimmt. So waren seine Reden gespickt mit Zeitvorgaben, die auf eine umgehende Realisierung seiner Vorgaben hinauslaufen. „Réformer sans tarder“ lautet das Motto. Von einem „calendrier impossible“ sprechen dagegen die Arbeitnehmervertreter.

Bisher waren Frankreichs Gewerkschaften immer schnell zur Stelle, wenn es um Arbeitsniederlegungen und Streiks ging. Dass sie nun mit derselben Geschwindigkeit den präsidentiellen Forderungen nach mehr Arbeit nachkommen werden, scheint unwahrscheinlich. Andererseits verschließt sich die Mehrheit der Franzosen nicht mehr der Notwendigkeit sozialer Einschnitte. Wenn schon schmerzhaft, dann lieber schnell. In seltener Übereinstimmung schrieben der rechte *Figaro* und die linke *Libération*, bei Sarkozys Sozialplänen handele es sich um nicht weniger als eine „kulturelle Revolution“. Wer wollte da abseits stehen oder sich gar quer legen?